

*Betreff:***Sportplatz Bienrode - zusätzliche Umkleideraumkapazitäten  
(Containerlösung) schaffen***Organisationseinheit:*Dezernat VIII  
0670 Sportreferat*Datum:*

08.05.2024

*Beratungsfolge*Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur  
Kenntnis)*Sitzungstermin*

29.05.2024

*Status*

Ö

**Sachverhalt:**

Beschluss des Stadtbezirksrates 112 vom 06.03.2024:

„Der Bezirksrat bittet die Verwaltung auf dem Sportplatz Bienrode zusätzliche Umkleideraumkapazitäten schnellstmöglich zu schaffen z. B. durch die bereits angedachte Containerlösung.“

Hierzu wird Folgendes mitgeteilt:

Die Verwaltung hat bei einem Ortstermin auf der Sportanlage Bienrode am 20. März 2024 mit den ortsansässigen Vereinen die möglichen Optionen zur Aufstellung von Umkleidecontainern besprochen. Vorbehaltlich einer positiven bautechnischen Prüfung ist geplant bis zu zwei Umkleidecontainer auf die Sportanlage zu versetzen. Zusätzlich wird geprüft, ob ein Lagercontainer des VfL Bienrode, der derzeit auf dem städtischen Gelände „Im großen Moore“ steht, auf die Sportanlage in der Pappelallee versetzt werden kann.

Rudolf

**Anlage/n:**

keine

*Betreff:*

**Erweiterung des Buspausenplatzes an der Haltestelle  
Beberbachaue**

*Organisationseinheit:*

Dezernat III  
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr

*Datum:*

24.05.2024

*Adressat der Mitteilung:*

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur Kenntnis)  
Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben (zur Kenntnis)  
Mitteilungen außerhalb von Sitzungen (zur Kenntnis)

**Sachverhalt:**

Die Haltestelle Beberbachaue in Bevenrode wird von den Buslinien 413 sowie 424 angefahren. Richtung Essenrode dient sie vorrangig als Endhaltestelle. Zwischen Bussteig und Kreisverkehr befindet sich derzeit eine Busbucht, die als Pausenplatz genutzt wird. Im Zuge der Fahrplananpassungen der Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) zum März 2024 ist eine Erweiterung der Buspausenfläche erforderlich geworden, da zeitweise zwei Busse zeitgleich pausieren. Gemäß DS 23-22148 ist diese Infrastrukturmaßnahme bereits eingeplant gewesen.

**Planung:**

Der vorhandene Buspausenplatz wird Richtung Nordosten zum Kreisverkehr hin erweitert, so dass ein Solo- und ein Gelenkbus zeitgleich pausieren können. Die vorhandene Fläche besteht aus Stahlfaserbeton und wird für die Anpassung zum Teil entfernt und neu hergestellt, um einen fachtechnischen Anschluss herstellen zu können. Die beiden vorhandenen Querungsinseln werden nicht verändert.

Der Gehweg wird im Ausbaubereich auf 2 m verschmälert und der neuen Situation angepasst. Ein vorhandener Baum muss entfallen und wird im angrenzenden Grünstreifen ersetzt. Im Zuge der Erweiterung des Buspausenplatzes wird weiterhin ein Schmutzwasseranschluss für die WC-Anlage der BSVG hergestellt, so dass die Fäkalien zukünftig nicht mehr abgepumpt werden müssen.

**Finanzierung:**

Die Kosten für die Erweiterung des Buspausenplatzes werden auf ca. 150.000 € geschätzt. Der verhältnismäßig hohe Kostenansatz begründet sich in der Kleinteiligkeit und den verschiedenen Tätigkeitsbereichen wie der Herstellung von Stahlfaserbeton und Steinsetzarbeiten. Weiterhin ist mit einer aufwändigeren Verkehrsführung mit Lichtsignalanlage kalkuliert worden.

Die Haushaltsmittel stehen in dem Projekt 5E.660180 zur Verfügung. Die Kosten für den Schmutzwasseranschluss für die WC-Anlage trägt die BSVG. Der Umbau ist für das Jahr 2024 vorgesehen.

Leuer

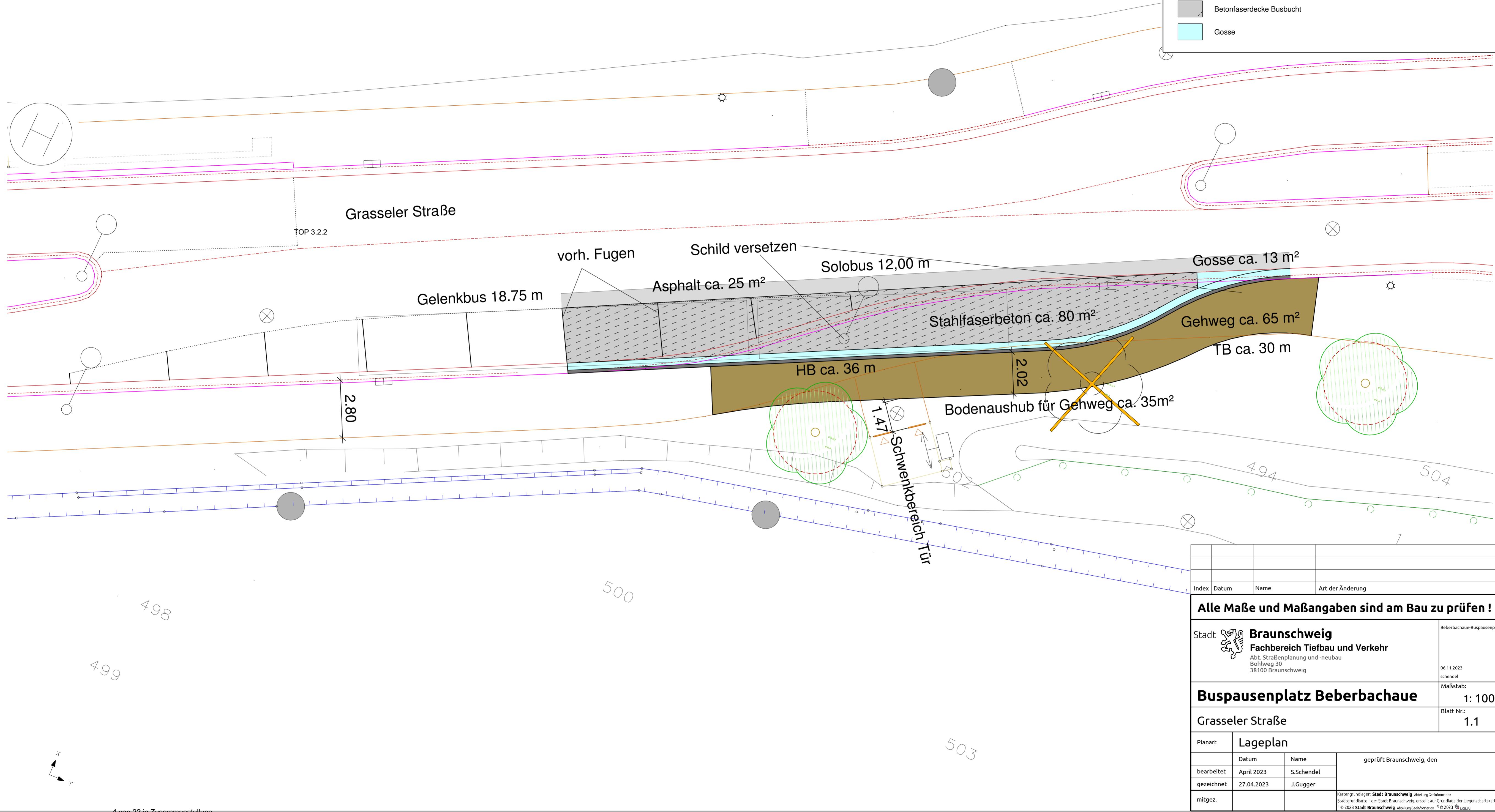
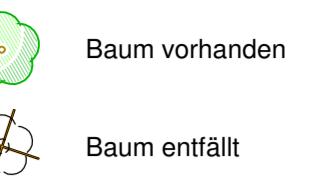
**Anlage/n:**

Lageplan

# ANLAGE

## Legende

Gehweg Betonplaster 30/30/8	
Asphalt-Angleichung	
Betonbordstein H15/25	
Betonfaserdecke Busbucht	
Gosse	



**Betreff:****Dringlichkeitsantrag - Linienbusführung 433**

Organisationseinheit:	Datum:
Dezernat I	29.05.2024
0120 Referat Stadtentwicklung, Statistik, Vorhabenplanung	

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur Kenntnis)	29.05.2024	Ö
Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben (zur Kenntnis)	05.06.2024	Ö

Beschluss des Stadtbezirksrats 112 vom 16.04.2024 (Anregung gem. § 94 Abs. 3 NKomVG):

„Es wird die Veränderung der Linienführung der Buslinie 433 (BSVG)/ Querum in den Stand vor Fahrplanwechsel ab 18. März 2024 beantragt.“

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Gestaltung des ÖPNVs wird immer mit Wirkung auf die Gesamtstadt betrachtet. Haltestellen sind ein entscheidender Bestandteil des ÖPNVs. Bevor Haltestellen geplant werden können, erfolgt immer eine Linienplanung. Die Planung einer Haltestelle bildet stets den finalen Schritt der ÖPNV-Planung. Wenn die Linienplanung erfolgsversprechend ist, werden vorläufige Haltestellen eingerichtet. Nach eingehender Prüfung der Linienführung wurde festgestellt, dass es sinnvoll ist, die Buslinie 433 durch den Bereich Bohnenkamp/Lägenkamp zu führen. Dadurch kann das Fahrgastpotenzial besser ausgeschöpft und die Zugangswege zur Haltestelle für viele aktive und potenzielle Fahrgäste verbessert werden. Diese Maßnahme soll dazu beitragen, mehr Menschen für die Nutzung des ÖPNVs zu gewinnen.

Bei der Wahl des Verkehrsmittels spielen unter anderem Faktoren wie Zugänglichkeit, Taktung, Fahrzeit und Pünktlichkeit sowie Verfügbarkeit, Kosten, Komfort und Sicherheit eine wesentliche Rolle. Die Verkürzung der Wege zur Bushaltestelle ist eine Maßnahme, um die Attraktivität des ÖPNVs zu erhöhen und seine Nutzung zu fördern. Ziel der Verlegung der Haltestelle der Linie 433 war eben diese Verkürzung des Wegs zur Haltestelle und damit eine bessere Anbindung an das Wohngebiet rund um die Straße „Im Ziegenförth“.

Die Linie 433 führt im Bereich Bohnenkamp/Lägenkamp durch eine Tempo-30-Zone, in der die Regel "rechts vor links" gilt. Gleichzeitig ist das Gebot der gegenseitigen Rücksichtnahme zu beachten. Der Bereich Bohnenkamp/Lägenkamp ähnelt vielen anderen Wohngebieten mit Tempo-30-Zonen in Braunschweig durch die ein Linienverkehr führt. Diese Geschwindigkeitsbegrenzung gilt auch für Busfahrer, die als Berufskraftfahrer den ganzen Tag auf den Straßen unterwegs sind und die Verkehrsregeln beachten. Dennoch kann ein vereinzeltes Fehlverhalten nicht ausgeschlossen werden. Hinweise hierzu nimmt die Verwaltung ernst und gibt diese stets an die BSVG zur Überprüfung weiter. Ferner wurde nach Rücksprache von der Polizei bestätigt, dass im Bereich Bohnenkamp/Lägenkamp aktuell keine Unfalllage besteht. Zuverlässige Daten liegen laut Polizeiangaben allerdings erst Ende Juni 2024 vor. Die Verwaltung wird dann erneut Kontakt zur Polizei aufnehmen.

Die Optimierung der ÖPNV-Anbindung steigert insgesamt die Wohnqualität durch verkürzte Zugangswege zur Bushaltestelle. Eine gesteigerte Nutzung des ÖPNVs führt zudem zu einer Reduktion der Lärm- und Umweltbelastung, die alternativ durch den motorisierten

Individualverkehr verursacht werden. Diese und weitere Vorteile der neuen Linienführung wurden bereits in den DS 22-20250 sowie DS 22-20250-01 aufgeführt und sind nach wie vor vorhanden. Dabei lässt sich, wie auch überall im dicht besiedelten Stadtgebiet, nicht immer vermeiden, dass für einzelne direkte Anlieger auch ungewollte Auswirkungen, etwa durch mehr Busverkehr, entstehen. Die Verwaltung und die BSVG achten hierbei jedoch immer auf die Einhaltung eines zumutbaren Maßes.

Gemäß der BSVG wird die neue Haltestelle Bohnenkamp bereits gut angenommen. Eine Befragung der Anwohner ist für eine Linienänderung aber grundsätzlich nicht vorgesehen.

In enger Abstimmung mit der Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) und der Stadtverwaltung wurde beschlossen, den aktuellen Linienweg über den Bohnenkamp/Lägenkamp beizubehalten und die Ergebnisse der laufenden Evaluierung abzuwarten. Denn bevor sich eine neue Haltestelle etablieren kann, bedarf es einer gewissen Zeit, die auch witterungsbedingte und jahreszeitliche Schwankungen im Nutzungsverhalten der Fahrgäste berücksichtigt. Daher wird stets mit einer einjährigen Evaluationsphase geplant. Aufgrund der Rückmeldung von Anlieger:innen gegenüber dem neuen Linienweg wird eine erste detaillierte Auswertung des Nutzungsverhaltens bereits ab dem 31. Dezember 2024 erfolgen. Erst nach Abschluss dieses Zeitraums können fundierte Aussagen getroffen werden. Die Evaluierung wird neben der Erfassung der Anzahl der Ein- und Aussteiger auch Anmerkungen und Bedenken berücksichtigen, um eine umfassende Analyse zu ermöglichen.

Werner

**Anlage/n:**

keine

*Betreff:*

**Straßenplanung Feuerbrunnen / Kirchblick**

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat III 66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr	<i>Datum:</i> 24.05.2024
--	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (Entscheidung)	29.05.2024	Ö

**Beschluss:**

Der Wiederherstellung der Straßen Feuerbrunnen und Kirchblick nach Abschluss der Kanalerneuerung wird entsprechend der in Anlage 2 dargestellten Variante 3 „Verbesserte bestandsnahe Lösung“ zugestimmt.

**Sachverhalt:**

**1. Beschlusskompetenz**

Die Beschlusskompetenz des Stadtbezirksrates ergibt sich aus § 93 Abs. 1 Satz 3 NKomVG in Verbindung mit § 16 Satz 1 Nr. 6 der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig.

**2. Hintergrund**

Die Entwässerungsanlagen im Straßenzug Feuerbrunnen - Kirchblick bedurften der Erneuerung. Die Verwaltung hat daraufhin in einem gemeinsamen Auftrag mit der Stadtentwässerung Braunschweig den Bau der Entwässerungsanlagen einschließlich der Wiederherstellung des Bestandes als wirtschaftlichste Lösung beauftragt.

Die Bürger wurden wie bei einer straßenausbaubeitragspflichtigen Maßnahme üblich über das Vorhaben schriftlich informiert. Darüber hinaus erfolgte eine Bürgerinformationsveranstaltung am 23. Januar 2024. Die Maßnahme fand aufgrund der hohen Straßenausbaubeiträge für die Anlieger keine Zustimmung.

Im März 2024 hat sich der Stadtbezirksrat mit der Angelegenheit befasst und zwei Beschlüsse gefasst:

Beschluss Nr. 1 (Drs.-Nr. 24-23207):

1. *Der Bezirksrat lehnt die von der Verwaltung vorgesehenen straßenausbaubeitragspflichtigen Fahrbahnerneuerungsarbeiten nach Abschluss der Kanalarbeiten im Straßenzug Feuerbrunnen/Kirchblick ab. Die Verkehrsflächen sind nach Abschluss der Kanalarbeiten, vorbehaltlich einer Entscheidung nach Vorstellung zur Ausführung als verkehrsberuhigter Bereich des Pkt. 2, in dem ursprünglichen Zustand (Ist-Zustand) technisch gleichwertig wiederherzustellen.*
2. *Darüber hinaus bittet der Bezirksrat die Verwaltung in der nächsten Bezirksratssitzung um Vorstellung (auch mit Gelegenheit für mündliche Nachfragen und Beantwortung) einer Vorplanung für eine Ausführung als verkehrsberuhigter Bereich (VB) einschl. Realisierungshorizont, basierend auf den von der Verwaltung in der Informationsveranstaltung am 23.01.2024 benannten Kosten.)*

Beschluss Nr. 2 (Drs.-Nr 24-23248):

*Der Bezirksrat beantragt die Vorstellung der Ausbauplanung für die Straßen Feuerbrunnen und Kirchblick in Waggum, um ggf. - wie von Herrn Leuer bei der Ratssitzung am 20.02.2024 verkündet - Änderungswünsche der Anwohner berücksichtigt werden können.*

### 3. Aktueller Sachstand

Die Verwaltung wird dem Rat zu seiner Sitzung am 11. Juni die Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung zur Beschlussfassung vorlegen (Drs.-Nr. 24-23754).

Sofern der Rat diesen Beschluss fasst, ist die Maßnahme Feuerbrunnen/Kirchblick nicht mehr straßenausbaubeitragspflichtig.

In der Informationsveranstaltung am 22. Mai 2024 hat die Verwaltung Planungsvarianten im Lichte der vorliegenden Beschlüsse vorgestellt:

### 4. Planungsvarianten

#### 4.1. Variante 1 - Verkehrsberuhigter Bereich (VB), Anlage 1

Ein VB zeichnet sich dadurch aus, dass die Trennung der Verkehrsarten aufgegeben wird und das gesamte Geschehen auf einer gemeinsamen Fläche stattfindet. Einzig die öffentlichen Parkplätze sind markiert, so dass nur auf diesen Flächen geparkt werden darf. Um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten, ist in einem VB nur Schrittgeschwindigkeit zulässig. Wenn die Schrittgeschwindigkeit eingehalten wird, können verkehrsberuhigte Bereiche sehr gut funktionieren, sofern der Aufenthalt auf der Straße im Vordergrund steht, der VB nicht zu lang und die Verkehrsbelastung gering ist.

Die Planung versucht durch begleitende Maßnahmen (Schaffung von möglichst schmalen Durchfahrbreiten, von Baumscheiben und von versetztem Anordnen des Parkens) eine langsame Fahrweise nahezulegen.

Im Falle des Feuerbrunnens sind die Rahmenbedingungen für einen VB aus folgenden Gründen schwierig:

- Die Straße ist relativ lang (280 m zwischen der Rabenrodestraße und der Bienroder Straße). Nach Erfahrung der Verwaltung wird die Bereitschaft, die zulässige Schrittgeschwindigkeit zu fahren, dadurch deutlich herabgesetzt.
- Es gibt landwirtschaftliche Betriebe, die über die Straße Feuerbrunnen an das übergeordnete Straßennetz angebunden sind. Landwirtschaftliche Fahrzeuge sind in der Regel sehr breit, müssen die Straße Feuerbrunnen jedoch passieren können. Auch wenn die Planung zur Reduzierung der gefahrenen Geschwindigkeiten sehr schmale Flächen anstrebt, muss dem landwirtschaftlichen Verkehr eine Nutzung ermöglicht werden. Das führt dazu, dass die geplanten Maßnahmen zur Geschwindigkeitsreduzierung nur sehr begrenzt umsetzbar sind und damit ihre Wirkung kaum entfalten können.
- Im gesamten Stadtgebiet unterscheiden sich VB von zum Beispiel Tempo 30-Bereichen (mit Trennung der Verkehrsarten) dadurch, dass die befahrbare Oberfläche in verkehrsberuhigten Bereichen aus Betonsteinpflaster oder Naturstein und nicht als Fahrbahn aus Asphalt ausgeführt wird. Damit verbunden ist ein gewisser Effekt der Aufmerksamkeit und der Geschwindigkeitsreduzierung. Landwirtschaftliche Verkehre sind mit schweren Fahrzeugen in Kombination mit großen Lenkräften beim Rangieren in engen Bereichen unterwegs, für die Pflasterbeläge sehr schlecht geeignet sind. Es sind daher Schäden zu erwarten, die regelmäßig und dauerhaft zu beseitigen wären. Eine Betonpflasterbauweise ist für die erwartete Nutzung nicht geeignet.

- Aufgrund der erforderlichen Markierungen für Parkplätze und der Berücksichtigung der Grundstückszufahrt wird die Anzahl der Parkplätze deutlich reduziert.

Die Umsetzung dieser Variante würde eine Änderung des bestehenden Bauvertrages erforderlich machen. Die dafür erforderliche Zeit würde die Fertigstellung der Maßnahme deutlich verzögern.

In der Informationsveranstaltung gab es kein eindeutiges Votum für oder gegen die Maßnahme. Die Bewertung des Entwurfes des VB fiel sehr unterschiedlich aus.

#### 4.2. Variante 2 - Bestandsnahe Planung

Die bestandsnahe Planung sieht eine Wiederherstellung des Straßenzuges Feuerbrunnen/Kirchblick unter weitgehender Beibehaltung des Straßenquerschnittes auf dem jetzigen Stand der Bautechnik vor (tragfähiger Unterbau, vollständig neuer Oberbau mit neuen Oberflächen in Asphalt für die Fahrbahn und Gehwegpflaster für die Gehwegbereiche).

Diese Planung war Grundlage für die Beauftragung der Baufirma und wäre zeitnah realisierbar.

#### 4.3 Variante 3 - Verbesserte bestandsnahe Planung, Anlage 2

Diese Variante wurde während der Veranstaltung entwickelt.

Vorgeschlagen wurden Aufpflasterungen beider Einfahrten in den Feuerbrunnen aus der Bienroder Straße und der Rabenrodestraße, die Verbreiterung der Gehwege in den heute verhältnismäßig schmalen Bereichen auf ca. 1,50 m, die Ausbildung einer Baumscheibe für einen neuen Baum im Bereich der Kirche und die Prüfung eines zusätzlichen Gehweges im Bereich der Hausnummern Feuerbrunnen 10 - 22.

Die angeregte Anlage eines zusätzlichen durchgehenden Gehweges einer Breite von 1,50 m im Bereich der Hausnummern 10 - 22 ist möglich. Die verbleibende Fahrbahnbreite neben den Parkplätzen von knapp 4,00 m ist auch für größere Fahrzeuge ausreichend. Auf diesem begrenzten Abschnitt ist dann kein Begegnungsverkehr mehr möglich.

Auch diese Variante könnte zeitnah umgesetzt werden.

### 5. Kosten und Finanzierung

Variante 1, VB-Bereich	680.000 €
Variante 2 bestandsnahe Planung	510.000 €
Variante 3, verbesserte bestandsnahe Planung	540.000 €

Für die Maßnahme sind unter der HH Stelle 5S.660080 Haushaltsmittel in Höhe von 540.000 € verfügbar.

### 6. Vorzugsvariante

Eine eindeutige Vorzugsvariante konnte aus der Bürgerinformationsveranstaltung nicht hergeleitet werden.

Der Verwaltung vermittelte sich der Eindruck, dass die verbesserte bestandsnahe Planung – Variante 3 - ein gangbarer Kompromiss zwischen den einzelnen Interessen sein könnte und schlägt diese zur Umsetzung vor.

Leuer

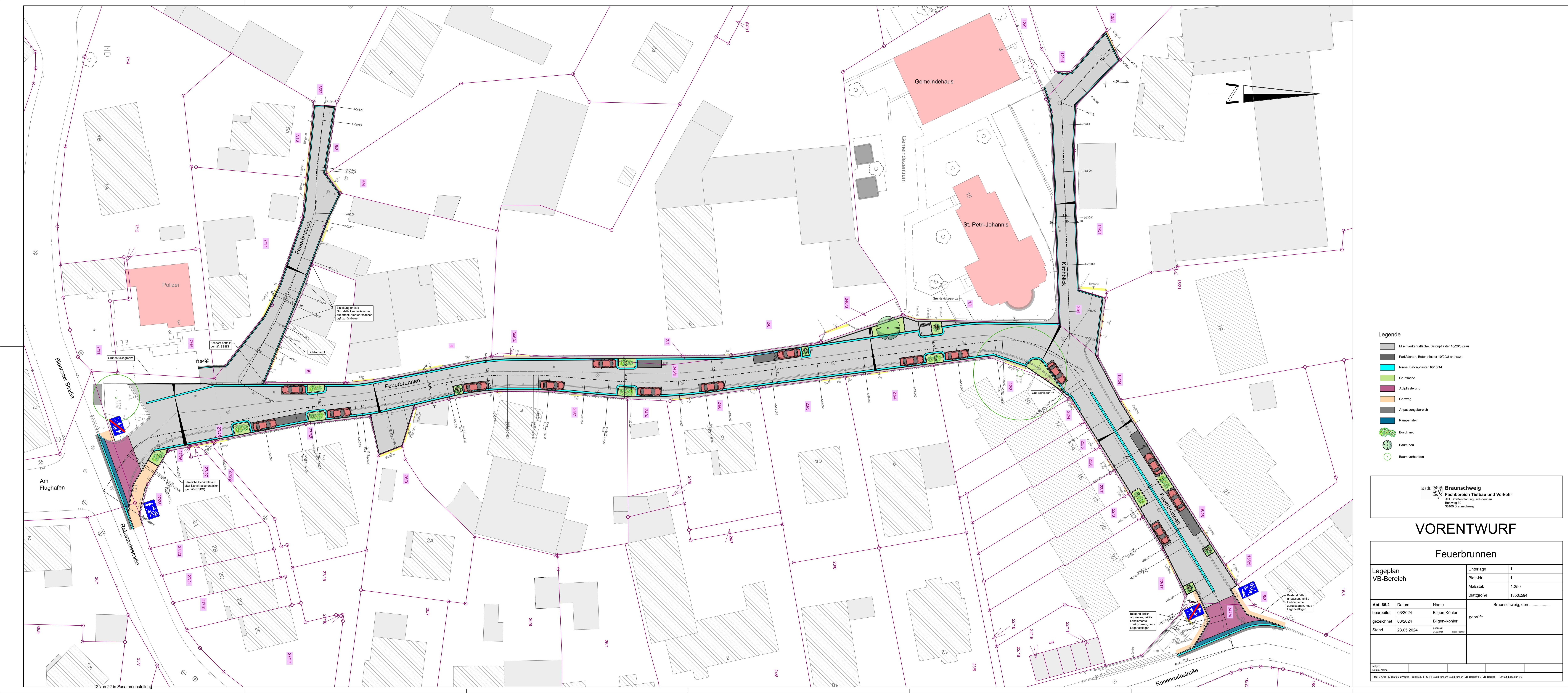
#### Anlage/n:

Anlage 1: Lageplan Variante VB

Anlage 2: Lageplan Variante „verbesserte bestandsnahe Planung“







Absender:

**CDU-Fraktion, BiBS-Fraktion und  
Tobias Zimmer (FDP) im Stadtbezirksrat  
112**

TOP 6.1

**24-23590**

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Lärmaktionsplan/Lärmschutz in Querum**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

16.04.2024

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur Beantwortung)

Status

Ö

### Sachverhalt:

Im Lärmschutzbericht der Stadt Braunschweig sind keine speziellen Maßnahme hinsichtlich Lärmbelästigung durch Bahnverkehr zu finden. Gerade Querum ist hier aber stark betroffen.

Die Bahn verursacht beim Durchqueren der Strecke von Kralenriede bis Gliesmarode und umgekehrt einen enormen Lärm durch Hupen an unbeschränkten Bahnübergängen oder anderen Stellen.

Laut Anwohnerhinweisen entsteht ein enormer Schalldruck, der kilometerweit störend wirkt. Die ersten Züge fahren morgens um 05:00 Uhr. Das Ganze geht bis tief in die Nacht. Geplant ist, dass die Zugdichte steigt.

1. Es wird angefragt, ob es Bestrebungen gibt, die auch gesundheitliche Belange der von Bahnlärm betroffenen Bürger berücksichtigen?
2. Wenn ja, welche Maßnahmen sind konkret geplant?

Gez.

Berger/T. Wendt  
CDU-Fraktion

Jenzen

BiBS-Fraktion

Zimmer

FDP

### Anlage/n:

Keine

**Betreff:****Lärmaktionsplan/Lärmschutz in Querum****Organisationseinheit:**Dezernat VIII  
68 Fachbereich Umwelt**Datum:**

28.05.2024

**Beratungsfolge**Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur  
Kenntnis)**Sitzungstermin**

29.05.2024

**Status**

Ö

**Sachverhalt:****Vorbemerkung:**

In Deutschland kümmern sich je nach Verkehrsträger verschiedene Behörden um die entsprechenden Lärmaktionsplanungen. Auf Grundlage des Bundes-Immissionsschutzgesetzes ist das Eisenbahnbundesamt (EBA) seit 2015 für die Aufstellung eines bundesweiten Lärmaktionsplanes für die Haupteisenbahnstrecken des Bundes zuständig. Die Stadt Braunschweig ist daher nicht mehr zuständig.

Durch den Eisenbahnverkehr kommt es auch in der Stadt Braunschweig zu Lärmbelastungen. Um Lärmauswirkungen durch den Eisenbahnverkehr entgegenzuwirken, erstellt das EBA unter Beteiligung der Öffentlichkeit alle fünf Jahre einen Lärmaktionsplan. Der Plan informiert, welche Ziele bei der Lärmreduzierung bereits erreicht wurden, wo es noch laut ist und was dagegen getan wird.

Aktuell überarbeitet das EBA seinen Lärmaktionsplan nach der Umgebungslärmrichtlinie in der vierten Runde. Auf der Internetseite [www.laermaktionsplanung-schiene.de](http://www.laermaktionsplanung-schiene.de) informiert das EBA ausführlich über die vorgeschaltete Lärmkartierung sowie über die Lärmaktionsplanung. Bürgerinnen und Bürger, die sich durch den Schienenverkehrslärm einer Haupteisenbahnstrecke gestört fühlen, konnten an der Überarbeitung der Lärmaktionsplanung an Haupteisenbahnstrecken des Bundes mitwirken und sich zu ihren Lärmproblemen äußern.

Die zweite Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen der Lärmaktionsplanung des EBA endete Anfang des Jahres. Die Stadt hat auch auf diese Beteiligungsmöglichkeit durch eine Pressemitteilung (11/2023) sowie auf der städtischen Internetseite unter [https://www.braunschweig.de/leben/umwelt/laerm/laerminderungsplanung/laermaktionsplanung\\_eba.php](https://www.braunschweig.de/leben/umwelt/laerm/laerminderungsplanung/laermaktionsplanung_eba.php) hingewiesen. Nach vorläufiger Auswertung durch das EBA haben etwa 2.000 Bürgerinnen und Bürger sowie 250 Kommunen an der Überprüfung des Lärmaktionsplan-Entwurfs teilgenommen.

Im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung zum Lärmaktionsplan der Stadt gingen auch Anregungen hinsichtlich des Bahnlärms ein. Diese Anregungen werden an das zuständige EBA übermittelt.

Nicht zuletzt ist es der Stadtverwaltung in den letzten Jahrzehnten gelungen, dass mehrere städtische Streckenabschnitte in die Dringlichkeitsliste der Lärmsanierung des Bundes aufgenommen wurden und Lärmschutzmaßnahmen erfolgten.

Dies vorangestellt beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1 und 2:

Die Verwaltung leitet die Anfrage des Stadtbezirksrates zur konkreten Beantwortung an das zuständige EBA weiter. Sobald eine Antwort vorliegt, wird die Verwaltung darüber informieren.

Gekeler

**Anlage/n:**

Keine

Absender:

**CDU-Fraktion, BIBS-Fraktion und  
Tobias Zimmer (FDP) im Stadtbezirksrat  
112**

TOP 6.2

**24-23763**

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Anfrage zur zukünftigen Wärmeversorgung öffentlicher Gebäude  
nördlich der A2**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

10.05.2024

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur  
Beantwortung)

Status

Ö

**Sachverhalt:**

Das von der Bundesregierung beschlossene GEG schreibt für Gebäudeheizungen ab 2024 eine Quote von 65% erneuerbarer Energie vor. Die Kommunen haben bis dahin Zeit, entsprechende Wärmeplanungen vorzulegen. Schon jetzt ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit abzusehen, dass in Bienrode, Waggum und Bevenrode kein Fernwärmennetz entsteht. Auch plant kein Gasversorger in der Region Biogas anzubieten. Dementsprechend bleiben nach heutigem Stand der Technik nur Pelletheizungen und Wärmepumpen. Der Oberbürgermeister, die Ratsmehrheiten von SPD und Grünen haben sich als Partei zu diesem Gesetz bekannt, ein dem Bundestag angehörendes Mitglied des Rates hat ihm sogar persönlich zugestimmt. Daraus entsteht die Erwartungshaltung der Bürgerinnen und Bürger, dass es einen konkreten Plan zur Umsetzung des GEG bezogen auf die öffentlichen Gebäude in Braunschweig gibt, immerhin geht es um Glaubwürdigkeit der Politik und die Vorbildfunktion des Staates.

Daraus ergeben sich folgende Fragen:

1. Wieviele öffentliche Gebäude gibt es in den Ortsteilen Bienrode, Waggum und Bevenrode, die nicht mit mindestens 65% erneuerbaren Energien geheizt werden?
2. Auf welche Heizungssysteme wird die Stadt setzen und welche Sanierungen sind dazu konkret notwendig?
3. Mit welchen Kosten rechnet die Stadt in den kommenden 10 Jahren in diesem Zusammenhang?

Gez.

Berger

**Anlagen:**

Keine

Absender:

**Fraktion B90/Grüne im Stadtbezirksrat  
112**

TOP 6.3

**23-21421**

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Friedhof Bienrode**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

18.05.2023

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur 07.06.2023

Status

Ö

### **Sachverhalt:**

Der Friedhof in Bienrode befindet sich in keinem ansehnlichen Zustand, der der Bedeutung dieses Ortes gerecht wird. 3 angefügte Bilder zeigen die desolate Situation

Wir fragen:

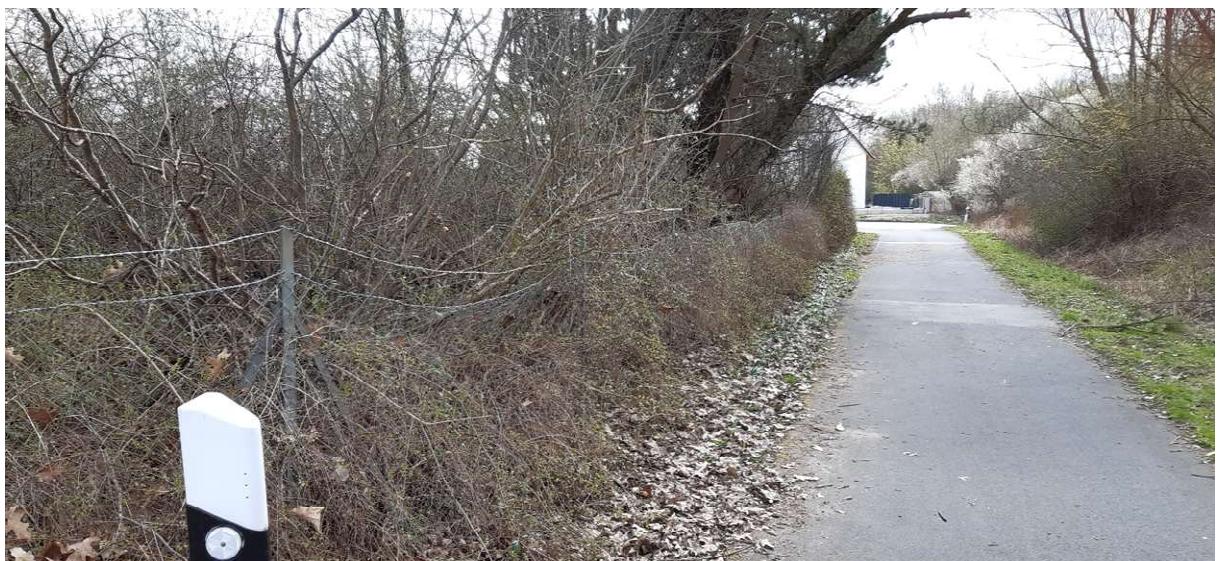
1. Wann wird der Friedhof in einen angemessenen Zustand gebracht?

Gez.

Gerhard Masurek  
B90/Grüne

### **Anlage/n:**

Bilder Friedhof Bienrode



Absender:

**CDU-Fraktion, BIBS-Fraktion und  
Tobias Zimmer (FDP) im Stadtbezirksrat  
112**

TOP 6.4

**24-23420**

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Schadhafter Fahrbahnrand an der Bechtsbütteler Straße**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

30.03.2024

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur Beantwortung)

Status

Ö

**Sachverhalt:**

Im Kontext einer längeren Sperrung der A2 sind zahlreiche LKW über Grassel und Bevenrode ausgewichen. Dabei wurde nicht nur vielfach das Verbot von Fahrzeugen über 3,5 Tonnen auf der Hondelager Straße missachtet, sondern auch der Fahrbahnrand der Bechtsbütteler Straße zwischen Stadtgrenze und Bevenrode in Fahrtrichtung Bevenrode erheblich beschädigt. Auch wenn es sich um eine Landesstraße handelt, wurden durch die Vorgänge vor allem die Bürger Braunschweigs und auch kommunale Straßen beeinträchtigt. Zur Absicherung wurden Bäume aufgestellt. Die dadurch noch mehr verengte Fahrbahn ist für den Begegnungsverkehr vielfach zu eng, so dass es schon mehrfach zu Unfällen kam.

Daraus ergeben sich folgende Fragen:

1. Ist der Stadt bekannt, wann der Fahrbahnrand wieder instandgesetzt und die Bäume entfernt werden?
2. Gibt es Möglichkeiten für Polizei und Verwaltung im Falle einer erneuten Sperrung der A2 den LKW Verkehr in diesem Bereich und an der Hondelager Straße zu unterbinden?

Gez.

Michael Berger  
CDU

**Anlagen:**

Bild



**Betreff:****Schadhafter Fahrbahnrand an der Bechtsbütteler Straße****Organisationseinheit:**Dezernat III  
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr**Datum:**

22.04.2024

**Beratungsfolge**

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur Kenntnis)

**Sitzungstermin**

29.05.2024

**Status**

Ö

**Sachverhalt**

Zur Anfrage der CDU-Fraktion, BIBS-Fraktion und Tobias Zimmer (FDP) im Stadtbezirksrat 112 vom 30. März 2024 nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

zu 1.)

Die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr teilt auf Nachfrage mit, dass der Fahrbahnrand kurzfristig ausgebessert wird und anschließend die Baken entfernt werden.

zu 2.)

Nein, eine Unterbindung der LKW-Verkehre bei erneuter Sperrung der A 2 ist nicht möglich. Bei der L 293 handelt es sich um eine Landesstraße, die den überregionalen Verkehr zwischen BS und Lehre bzw. Wolfsburg aufnehmen soll; vor allem soll der Verkehr hierüber umgeleitet werden, wenn die Autobahnen gesperrt sind, damit der Verkehr sich nicht noch weiter ins untergeordnete Netz verteilt.

Wiegel

**Anlage/n:**

keine

Absender:

**SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 112**

TOP 6.5

**24-23432**

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Filiale der BLSK in Gliesmarode**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

03.04.2024

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur Beantwortung)

Status

Ö

**Sachverhalt:**

Ende Februar wurden in der Filiale der Braunschweigischen Landessparkasse in Volkmarode (Im Remenfeld) die Bankautomaten abgebaut. Seitdem müssen die Kundinnen und Kunden auf die Filiale in der Querumer Straße ausweichen. Begründet wurde die Schließung insbesondere mit der Gefahr, die bei einer Geldautomatensprengung für die über den Geldautomaten liegenden Wohnungen bestehen würde.

Ferner ist zwischenzeitlich bekanntgeworden, dass die BLSK plant an der Kreuzung Berliner Straße/ Messeweg/ Friedrich-Voigtländer-Straße eine neue Filiale zu errichten, die die bestehende Filiale in der Querumer Str. ersetzen soll.

Vor diesem Hintergrund bitten wir (gegebenenfalls nach Rücksprache mit der BLSK) um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. In welchem Gebäude im Bereich der Kreuzung Berliner Straße/ Messeweg/ Friedrich-Voigtländer-Straße soll die Filiale eröffnet werden?
2. Wie wird sichergestellt, dass die neue Filiale den Sicherheits- und Kundenanforderungen (u.a. Parkmöglichkeiten) entspricht?
3. Wann wird die Verlegung der bestehenden Filiale (Querumer Straße) an den neuen Standort erfolgen?

Gez.

Paul Klie  
Fraktionsvorsitzender

**Anlagen:**

Keine